

Taunusstein, 15. Dezember 2025

Pressemitteilung

Ein Haushalt verpasster Entscheidungen Massive Grundsteuer-Anhebung hätte verhindert werden können

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lehnt den aktuellen Haushaltsentwurf der Stadt Taunusstein als „Folge jahrelanger verpasster Entscheidungen“ ab. „Statt die Grundsteuer über viele Jahre moderat anzupassen, hat die Koalition aus CDU, FWG und FDP Klientelpolitik betrieben und Wahlgeschenke an ihre Wählerinnen und Wähler verteilt – finanziert aus Rücklagen, die inzwischen vollständig aufgebraucht sind“, kritisiert Vize-Fraktionschefin Miriam Fuchs nach der Haushaltssitzung in der Stadtverordnetenversammlung.

Nun steht nicht nur eine massive Erhöhung der Grundsteuer um 960 Hebesatzpunkte im Raum, sondern es wurde gegen die Stimmen der Grünen sogar noch ein weiterer Puffer von 30 Punkten verabschiedet. „Diese enorme Belastung für die Bürgerinnen und Bürger hätte verhindert werden können, wenn die Koalition frühzeitig verantwortungsvoll gehandelt hätte“, kritisiert Miriam Fuchs, die von den Grünen als Spitzenkandidatin für die Kommunalwahl 2026 aufgestellt wurde. Stattdessen kommen weitere Belastungen wie die Erhöhung der Hundesteuer dazu.

Gleichzeitig werden konstruktive Vorschläge für zusätzliche Einnahmequellen von der Koalition blockiert. So ist auch ein von den Grünen eingebrachter Antrag, ergebnisoffen zu prüfen, welche Einnahmemöglichkeiten Taunusstein durch den Ausbau erneuerbarer Energien hat, kategorisch abgelehnt worden. „Es geht uns ausdrücklich nicht darum, einseitig die Windkraft in den Blick zu nehmen, sondern um eine objektive Betrachtung aller regenerativen Energien, die als *einer von mehreren Bausteinen* zur langfristigen Haushaltskonsolidierung beitragen können“, erklärt Grünen-Fraktionsvorsitzender Jens Stephan.

Besonders irritierend ist dabei, dass der Grünen-Fraktion in der Debatte vorgeworfen wurde, solche Anträge würden zu „Stillstand“ führen. „Diese Haltung erschwert einen konstruktiven politischen Dialog, um gemeinsam Lösungen für das Wohl aller zu entwickeln.“

Mit Blick auf die angespannte Finanzlage in Taunusstein sehen die Grünen insbesondere auch das „Treuemodell“ kritisch. Dies belohnt langjährig Mitarbeitende in der Stadtverwaltung automatisch mit 1 Prozent Gehaltssteigerung pro Jahr, gedeckelt ist dies erst nach 20 Jahren bei 20 Prozent. Jens Stephan: „In der aktuellen Haushaltssituation ist dies nicht vertretbar, weshalb das Modell eigentlich ausgesetzt oder abgeschafft werden müsste.“ Diese Forderung wurde allerdings ebenso abgelehnt wie ein von den Grünen als Kompromissvorschlag eingebrachter Antrag, die Deckelung bereits jetzt auf 10 Prozent festzusetzen.

„Taunusstein braucht eine ehrliche Haushaltsstrategie, die Verantwortung übernimmt, Transparenz schafft und Prioritäten klar setzt, statt ein Weiter so, dass am Ende alle Bürgerinnen und Bürger teuer bezahlen müssen“, so Miriam Fuchs und Jens Stephan abschließend.